

# Salve aus der Schreibmaschine



VON KURT-EMIL MERKI

**Die Nachricht:** Günter Grass (84) wirft Israel vor, eine Bedrohung für den Weltfrieden zu sein.

**Der Kommentar:** Lassen wir dahingestellt, ob das, was Günter Grass als Gedicht bezeichnet, die formalen Anforderungen erfüllt, die auch an die Lyrik gestellt werden dürfen. Versuchen Sie einfach, den Text laut zu lesen (Seite 37). Es ist ein Chnorrz. Irgendein sinnvoller Rhythmus ist nicht auszumachen. Es sei denn, man erkenne noch im Lärm eines explodierenden Schrapnells eine organische akustische Struktur. Schieben wir auch zur Seite, dass Grass längst im Greisenalter angekommen ist. Der ehemalige Angehörige der Waffen-SS, der später, als es opportun war, die Werbetrommel für die SPD schlug, fühlt sich offenbar noch rüstig genug, das Bein zu heben. Und eine Duftmarke zu setzen.

Seine Hervorbringung riecht verdammt schlecht. Denn sie riecht nach Rechtfertigung. Der Nazi von damals, der seine Mitgliedschaft zu einer der blutrünstigsten Mord-Organisationen der Weltgeschichte sechs Jahrzehnte lang verschwiegen, will wenigstens im Nachhinein noch recht bekommen. Er, der sich selbstverständlich dagegen verwahrt, ein Antisemit zu sein, feuert aus seinem Schreibmaschinengewehr und diffamiert Israel als Unrechtsstaat. Damit spielt der Literatur-Nobelpreisträger mit einem ungeheuerlichen Gedanken. Ohne allzu viel schlechten Willen kann man seine Zeilen so interpretieren: Hätte man seine Generation im Dritten Reich bloss machen lassen, dann gäbe es diesen aggressiven Judenstaat nicht. Und es gäbe heute also auch keine Bedrohung des Weltfriedens.

Statt die Pfeife im Ohrensessel zu schmauchen und die Urenkel auf den Knien zu gaumen, fühlte sich der alte Mann aus Gdansk dazu berufen, Israel das gleiche Gefährdungspotenzial zu unterstellen wie der islamistischen Diktatur Iran. Ach, hätte er doch die letzte Tinte für etwas anderes als dieses üble Pamphlet vergossen.

kurt-emil.merki@sonntagonline.ch

# Mut zur grossen Fussball-Fusion



VON MICHELE COVIELLO

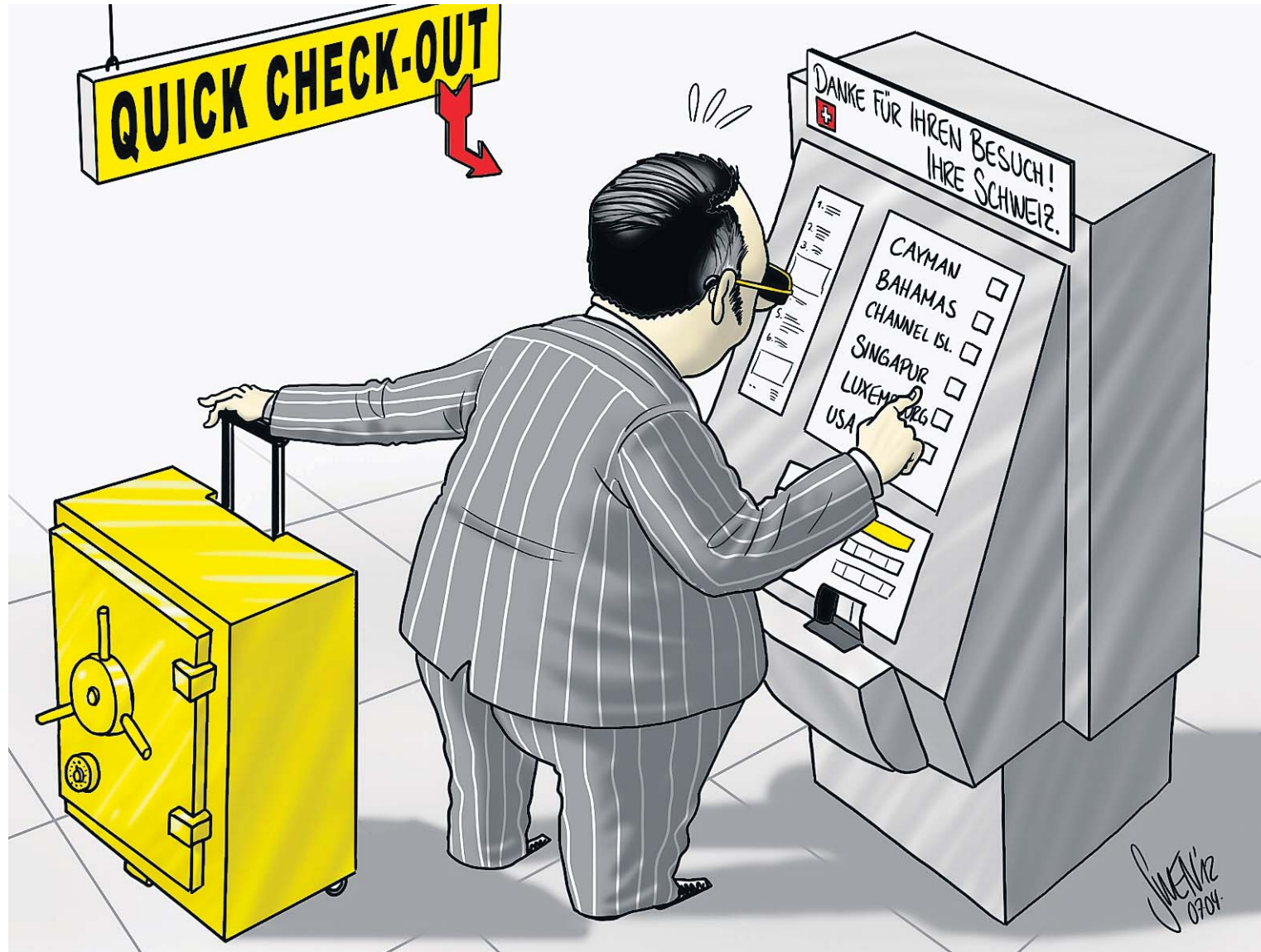
**Die Nachricht:** Elf Jahre, fünf Konkurse, sechs Rettungen in letzter Minute: Die Schweizer Fussball-Klubs müssten die Kräfte bündeln, doch sie sträuben sich dagegen.

**Der Kommentar:** Die Kleber des FC Basel auf den Stossstangen sind allen bekannt. Man sieht sie heute überall im Mittelland. Aber vor 10 Jahren? Wahrscheinlich traf man damals viel öfter GC-Wimpel an. Erfolg ist anziehend. Basel hat mit seiner berauschenden Champions-League-Saison und seinen Siegen über Manchester United und Bayern München auch dort Sympathien geholt, wo sonst über den Basler-Dialekt die Nase gerümpft wird. Und der Absatz an Klebern dürfte immer grösser werden.

Diese Überlegungen sollte man in der Romandie, im Tessin und auch in Zürich intensivieren. In der Westschweiz teilten sich zu Beginn dieser Saison vier Klubs ein Potenzial an 1,75 Millionen Zuschauern. Im Tessin müssen sich vier Challenge-League-Vereine ein Küchlein von 330 000 Einwohnern aufteilen. Und Zürich bringt trotz einer Agglomeration von 1,5 Millionen Menschen selbst bei Derbys sein Stadion nicht voll. Die Zeiten sind vorbei, in denen Mäzene wie Spross für GC und Hotz für den FCZ aus eigener Tasche Millionen lockermachen. Sponsoren verlangen Erfolg und Visibilität, am besten in den europäischen Wettbewerben, am besten kontinuierlich.

Nestlé wird nie in Lausanne-Sport investieren, solange die Waadtländer kaum die Super League halten können. Rolex wird sich nicht für Servette interessieren, solange der Klub nicht stabil ist und sich gut präsentiert. Vielleicht wäre ein neuer FC Romandie, breit abgestützt und mit einem zentral gelegenen Stadion, anziehend für Geldgeber. Im kleinräumigen Tessin wäre das ohnehin der Fall, vielleicht auch in Zürich. Wetten, dass nach dem ersten Sieg eines fusionierten Zürcher Klubs gegen Basel viele Bedenken weg wären? Aber dazu braucht es grossen Mut.

michele.coviello@azmedien.ch



Silvan Wegmann zur Woche: Wo wird das Vermögen in Zukunft am besten untergebracht?

GASTBEITRAG VON MARTIN JANSSEN\*

# Armer Finanzplatz, arme, naive Schweiz!

**Die Nachricht:** Deutschland und die Schweiz haben am Donnerstag das Änderungsprotokoll zum Abkommen über die Abgeltungssteuer unterzeichnet. Erneut hat die Schweiz in entscheidenden Punkten nachgegeben. Dennoch geht das Abkommen der deutschen SPD noch immer zu wenig weit.

**Der Kommentar:** Die Medienmitteilung des Eidgenössischen Finanzdepartementes zur Unterzeichnung der Änderungen sagt im Wesentlichen Folgendes: Erbschaften werden mit 50 Prozent besteuert, die Vergangenheit pauschal mit 21 bis 41 Prozent des Kapitalbestandes, die Anzahl der Amtshilfesuche wird um 30 Prozent, später um maximal weitere 20 Prozent (auf 1560 pro zwei Jahre), erhöht, die Verschiebung von Vermögen in Drittstaaten ist bereits ab dem 1. Januar 2013 verunmöglicht, die Zinsbesteuerung, die unter EU-Hoheit fällt, wird ausgeklammert, und der Marktzutritt für Schweizer Banken nach Deutschland soll beschleunigt werden.

Schon die Wirkungen dieser Änderungen sind für unseren Finanzplatz erheblich: Die Wahrscheinlichkeit, dass Eigentümer deutscher Firmen mit einem Bankkonto in der Schweiz hier bleiben und warten, bis ihr Vermögen im Erbschaftsfall mit 50 Prozent besteuert und die Firma zur Bezahlung der Erbschaftssteuer aufgeteilt werden muss, ist kaum sehr hoch. Auch andere Deutsche werden ihre Vermögen bei diesen Steuersätzen eher nach Asien, nach Dubai, in die Steueroasen der USA oder anderswohin verlagern. Unter dem Strich wird deutlich mehr Geld aus der Schweiz abfließen, als ursprünglich angenommen. Für den Finanzplatz Schweiz heisst das weniger Einnahmen und weniger Arbeitsplätze.

Was am Protokoll indes ernsthaft stört, sind die vorausseilenden Konzessionen, welche die Schweiz Deutschland macht. Sollte das Abkommen in Kraft gesetzt werden, wird nicht nur unser Finanzplatz deutlich verkleinert, die Schweiz wird auch einen massiven Souveränitätsverlust erleiden. Zudem wird ihre Verhandlungsposition gegenüber anderen Staaten, die ebenfalls solche Abkommen wünschen, geschwächt. Schliesslich werden die Schweizer Banken sehr viel Geld in die Informatikumsatzung dieses Abkommens investieren müssen.

Warum diese massive Kritik? Die Beratung deutscher Kunden ist, erstens, nur dann möglich, wenn diese gemäss deutschen Anleger- und Verbraucherschutzvorschriften erfolgt und wenn die

deutsche Aufsichtsstelle BaFin das auch gemeinsam mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) bei Schweizer Banken überprüfen kann. Man stelle sich vor: deutsche Aufseher in den Räumlichkeiten von Schweizer Banken!

Zweitens wird festgehalten, dass sich die deutschen Finanzbehörden nicht aktiv um den Erwerb von Kunden-CDs bemühen werden. Das heisst, dass die deutschen Finanzbehörden weiterhin CDs kaufen werden und dass alle anderen Stellen, die nicht den Finanzbehörden unterstehen, zum Beispiel der Geheimdienst, weiterhin auch aktiv CDs beschaffen dürfen, soweit das heute schon erlaubt ist. Und die Schweiz muss den Deutschen auch noch mitteilen, wie viele Personen ihr Geld in welche Länder verschieben. Drittens müssen die Schweizer Banken dem Protokoll auf 14 Seiten im Detail entnehmen, wie sie Dutzende von Geschäftsvorfällen abwickeln müssen.

Im Gegenzug darf die Schweiz verlangen, dass Deutschland unbesteuerter Gelder von Schweizer Kunden bei deutschen Banken in Deutschland besteuert und den Steuerertrag an die Schweiz bezahlt. Konkret heisst das, dass die Deutschen nur so tun, als ob sie kein Schwarzgeld entgegennehmen. Faktisch verstecken sie Geld schweizerischer Steuerzahler! Und wie reagiert die Schweiz? Sie propagiert eine Weissgeldstrategie. Arme, naive Schweiz!

Was passiert, wenn das Abkommen nicht unterzeichnet wird? Mehr Positives als Negatives: Die Deutschen werden – so oder so – weiterhin CDs kaufen, es werden zwei, drei Steuerjahre mehr verjähren, und es werden keine Signale an andere Staaten gesandt, dass sich Pressionen gegen die Schweiz lohnen.

Dafür wird der Welt gezeigt, dass wir die Rechtssicherheit hochhalten. Und dann kann die Schweiz beginnen, jene OECD-Massnahmen zu ergreifen, welche auch Deutschland, die USA und andere umsetzen. Eine andere Reihenfolge verschiebt nur unseren Wohlstand in andere Länder, ohne dass moralische Ziele erreicht werden.



\* Martin Janssen ist Professor für Finanzmarktökonomie am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich sowie Leiter der Ecofin-Gruppe.

TWEETS DER WOCHE

«In meinem Osternest für Roger Köppel: «Mi Kampf (uf Schwiizerdütsch)», Erlebnisferien im Bauwagen, Schoggiere mit Zyankali-füllung.»

Jürg Halter (@KuttiMC) hat wohl am Ostersonntag eine «Weltwoche» in die Finger gekriegt.

«Now that GAME OF THRONES and MAD MEN are on the same night, some enterprising bartender needs to invent a ead-and-scotch cocktail.» TV-Kritiker James Poniewozik (@poniewozik) mit einem Cocktail für Serienjunkies. Namensvorschlag für das Getränk: «Don Stark».

«Eugen (8): Mama, kommt mein Buch morgen mit LePost? Wir posten wahrscheinlich zu oft mit LeShop.» Volkswirtschafts-Professorin Monika Bütler (@BatzMonika) nutzt die Möglichkeiten des Internets.

«The night was not fun, still pain but it is getting better, on the way by walk to the physiotherapie in my town, exercicehelp for the shoulder» Fabian Cancellara (@f\_cancellara) informiert in seinem charakteristischen Englisch die Twitter-Gemeinde über den Heilungsfortschritt seines Schlüsselbeins.

«Wenn man sich mal mit Schweizer Behördenkram auseinandergesetzt hat, findet man plötzlich deutschen Behördenkram nur noch mittel-schlimm.» Der deutsche Journalist Christian Jakubetz (@cjakubetz) zu den Haftbefehlen und Steuerabkommen.

«Wassen ff. Warum Neonazis Frakturschriften lernen sollten.» Werbetexter Peter Breuer (@peterbreuer) über die Tücken der Fraktur. Luftig!